

Handbuch Öffentliches Recht des Unternehmens

Burgi / Habersack

2023

ISBN 978-3-406-79097-3

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Burgi/Habersack
Handbuch Öffentliches Recht des Unternehmens



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Öffentliches Recht des Unternehmens

Handbuch

Herausgegeben von

Prof. Dr. Martin Burgi

Ludwig-Maximilians-Universität München
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Wirtschaftsverwaltungsrecht,
Umwelt- und Sozialrecht

Prof. Dr. Mathias Habersack

Ludwig-Maximilians-Universität München
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Unternehmensrecht

Bearbeitet von den Herausgebern

und

RA Dr. Stefan Altenschmidt, LL.M.; Prof. Dr. Florian Becker, LL.M.;
Prof. Dr. Dr. Wolfgang Durner, LL.M.; Dr. Andreas Gaß; Dr. Karsten Hardraht;
Prof. Dr. Ann-Katrin Kaufhold; Prof. Dr. Jens Koch; Prof. Dr. Christoph Krönke;
Wiss. Mit. Johannes Linnartz; Prof. Dr. Markus Ludwigs; Prof. Dr. Thomas Mann;
RA Dr. Felix Siebler, LL.M.; RA Prof. Dr. Birgit Spießhofer, M. C. J.;
Prof. Dr. Christoph Teichmann; Prof. Dr. Christian Walter;
Prof. Dr. Daniel Wolff, LL.M.

2023



Zitiervorschlag:
Burgi/Habersack Unternehmens ÖffRHdB/Bearbeiter § ... R.n. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN 978 3 406 79097 3

© 2023 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)
Druck: Westermann Druck Zwickau GmbH
Crimmitschauer Straße 43, 08058 Zwickau


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter

RA Dr. Stefan Altenschmidt, LL.M. (Nottingham)
Luther, Düsseldorf

Prof. Dr. Florian Becker, LL.M. (Cambridge)
Universität Kiel

Prof. Dr. Martin Burgi
LMU München

Prof. Dr. Dr. Wolfgang Durner, LL.M. (London)
Universität Bonn

Dr. Andreas Gaß
Direktor beim Bayerischen Gemeindetag, München

Prof. Dr. Mathias Habersack
LMU München

Dr. Karsten Hardraht
Chefsyndikus der KfW, Frankfurt a. M.

Prof. Dr. Ann-Katrin Kaufhold
LMU München

Prof. Dr. Jens Koch
Universität zu Köln

Prof. Dr. Christoph Krönke
Universität Bayreuth

Wiss. Mit. Johannes Linnartz
Universität zu Köln

Prof. Dr. Markus Ludwigs
Universität Würzburg

Prof. Dr. Thomas Mann
Universität Göttingen

RA Dr. Felix Siebler, LL.M. (Nottingham)
Watson, Farley & Williams, München

RA Prof. Dr. Birgit Spießhofer, M. C. J. (New York Univ.)
Dentons, Berlin

Prof. Dr. Christoph Teichmann
Universität Würzburg

Prof. Dr. Christian Walter
LMU München

Prof. Dr. Daniel Wolff, LL.M. (Yale)
Universität Augsburg



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort

Wenn von „Unternehmensrecht“ die Rede ist, bezieht sich dies herkömmlich auf die rechtlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen des Gesellschaftsrechts für die Organisation und Führung von Unternehmen. Unabhängig davon finden sich Werke, die sich mit den Unternehmen in öffentlicher Trägerschaft (den öffentlichen Unternehmen) beschäftigen.

Im Hinblick auf die *privatwirtschaftlichen Unternehmen* gibt es freilich auch verwaltungsrechtliche Vorgaben, die nicht die wirtschaftliche Tätigkeit des Unternehmens betreffen, sondern das Unternehmen selbst und damit insbesondere seine Organisation. Diese Vorgaben sind regulatorischer Art (ua Datenschutzrecht, Finanzaufsichtsrecht, Energierecht). Durch die massiv forcierten Pflichten zur Entwicklung und Orientierung an Nachhaltigkeitskriterien (ESG) wächst dieser Bestand. Zwar sind hier zentrale Elemente auch im Gesellschaftsrecht verankert, vermehrt werden die Unternehmen aber auch mit Verwaltungsbehörden konfrontiert sein, etwa im Lieferkettenrecht (sog. Public Enforcement). Ein Desiderat ist die Entfaltung des verfassungsrechtlichen Schutzes, den die Unternehmen sowohl auf europäischer als auch auf der Ebene des Grundgesetzes genießen.

Naturgemäß zahlreicher sind die verwaltungsrechtlichen Vorgaben für die Organisation und Führung von *öffentlichen Unternehmen* auf allen staatlichen Ebenen, während das Verfassungsrecht dort weniger als Schutz-Grundlage, sondern als Quelle von Einwirkungspflichten der staatlichen Träger relevant ist. Insoweit soll es ebenfalls ausschließlich um Fragen der Organisation und der Unternehmensführung sowie um die dort noch einmal gesteigerte Pflicht zur Nachhaltigkeit gehen.

Ein Buch, dessen Gegenstand noch gar nicht allgemein erkannt ist und zudem bestehende Fachgrenzen überwindet, bedarf einer konzeptionellen Grundlage (siehe § 1) und herausragender Mitautorinnen und Mitautoren aus Wissenschaft und Praxis, die sich für diese Herausforderung öffnen – und sodann einer Leserschaft, deren Anregungen zur Verbesserung und ggf. Erweiterung schon jetzt willkommen sind.

Die Bearbeitungen befinden sich auf dem Rechtsstand des 1. März 2023.

Die beiden Herausgeber danken an ihren Lehrstühlen *Edith Bätza*, *Lisa Hagen*, *Patrick Zimmermann* und *Lea Lauer* (Prof. Burgi) sowie *Friederike Lutz* (Prof. Habersack). Auf Seiten des Verlages ist Herrn *Dr. Rolf-Georg Müller* für seine Aufgeschlossenheit und Frau *Saskia Henze-Wiskow* für die stets umsichtige Betreuung zu danken.

München, im April 2023

Martin Burgi

Mathias Habersack



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter	V
Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXI

Teil 1: Weiterentwicklungen des Unternehmensrechts

§ 1 Öffentliches Recht des Unternehmens: Bedeutung und Elemente (<i>Burgi</i>) ...	1
§ 2 Privatrechtliche Vorgaben für Organisation und Unternehmensführung im Überblick (<i>Habersack</i>)	15
§ 3 Völker- und europarechtlicher Rahmen von Nachhaltigkeit (<i>Walter</i>)	31
§ 4 Privatrechtliche Gemeinwohl-, insbesondere Nachhaltigkeitsvorgaben betreffend das Unternehmen (<i>Habersack</i>)	43
§ 5 Corporate Social Responsibility – neue Formen normativer Steuerung im globalen Ordnungsrahmen (<i>Spießhofer</i>)	71

Teil 2: Verfassungsrechtlicher Schutz des privatwirtschaftlichen Unternehmens

§ 6 Schutz des privatwirtschaftlichen Unternehmens im Recht der Europäischen Union (<i>Wölff</i>)	103
§ 7 Schutz des privatwirtschaftlichen Unternehmens unter dem Grundgesetz (<i>Burgi</i>)	129

Teil 3: Verwaltungsrechtliche Vorgaben betreffend das privatwirtschaftliche Unternehmen

Kapitel 1: Nachhaltigkeit	153
§ 8 Umweltrechtliche Nachhaltigkeitsvorgaben (<i>Durner</i>)	153
§ 9 Ansätze verwaltungsrechtlicher Vorgaben betreffend Soziales und Governance (<i>Burgi</i>)	181
§ 10 Verwaltungsrechtliche Vorgaben für Lieferketten (Public Enforcement) (<i>Altenschmidt</i>)	191
§ 11 Nachhaltige Unternehmensführung im Vergaberecht (<i>Burgi</i>)	215
§ 12 Nachhaltige Unternehmensführung in der KfW-Förderung (<i>Hardraht</i>)	227
Kapitel 2: Regulatorische Vorgaben	241
§ 13 Datenschutzrechtliche Vorgaben betreffend das privatwirtschaftliche Unternehmen (<i>Krönke</i>)	241
§ 14 Verwaltungsrechtliche Vorgaben betreffend das Finanzunternehmen (inklusive Sustainable Finance Regulierung) (<i>Kaufhold</i>)	267
§ 15 Verwaltungsrechtliche Vorgaben betreffend das Energieunternehmen (<i>Ludwigs</i>)	293
§ 16 Verwaltungsrechtliche Vorgaben betreffend das Unternehmen mit staatlicher Minderheitsbeteiligung und ihre gesellschaftsrechtliche Umsetzung (<i>Koch</i>) ..	335
§ 17 Sonderregelungen im Zuge von staatlichen Stabilisierungsmaßnahmen in der Krise (<i>Koch/Linnartz</i>)	367

Teil 4: Organisationsrecht des Öffentlichen Unternehmens

§ 18 Europa- und verfassungsrechtlicher Rahmen des Öffentlichen Unternehmens (<i>Burgi</i>)	385
§ 19 Verwaltungsrechtliche Organisationsvorgaben betreffend das Öffentliche Unternehmen auf Bundes- und Landesebene (<i>Mann</i>)	409
§ 20 Verwaltungsrechtliche Organisationsvorgaben für Landesförderbanken, Landesbanken und Sparkassen (<i>Becker</i>)	457
§ 21 Verwaltungsrechtliche Organisationsvorgaben betreffend das Öffentliche Unternehmen in kommunaler Trägerschaft (<i>Gaß</i>)	485
§ 22 Verwaltungsrechtliche Organisationsvorgaben betreffend das Öffentliche Unternehmen in Öffentlich-Privater Partnerschaft (PPP) (<i>Siebler</i>)	551
§ 23 Verfassungs- und verwaltungsrechtliche Vorgaben für Informationsbeziehungen betreffend das Öffentliche Unternehmen (<i>Burgi</i>) ..	569
§ 24 Verwaltungsrechtliche Nachhaltigkeitsvorgaben betreffend das Öffentliche Unternehmen (<i>Burgi</i>)	589
§ 25 Umsetzung der verwaltungsrechtlichen Vorgaben betreffend das Öffentliche Unternehmen im Gesellschaftsrecht (<i>Teichmann</i>)	601
Sachverzeichnis	637


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter	V
Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXI

Teil 1: Weiterentwicklungen des Unternehmensrechts

§ 1 Öffentliches Recht des Unternehmens: Bedeutung und Elemente (<i>Burgi</i>) ...	1
I. Gegenstand	1
II. Das (europäische) Verfassungsrecht als übergreifender Rahmen	3
III. Deutsches und europäisches Verwaltungsrecht	3
IV. Verwirklichung des Gemeinwohls durch Öffentliches Recht und durch Privatrecht	4
1. Im Hinblick auf die öffentlichen Unternehmen	4
2. Im Hinblick auf die privatwirtschaftlichen Unternehmen	5
V. Verwaltungsrechtliche Vorgaben für private Unternehmen	9
1. Privatwirtschaftliche Unternehmen als neu entdeckter Steuerungsgegenstand und als Steuerungsressource	9
2. Rechtsquellen und Regelungskontexte	10
3. Regelungsgegenstände	11
VI. Verwaltungsrechtliche Vorgaben für Öffentliche Unternehmen	13
§ 2 Privatrechtliche Vorgaben für Organisation und Unternehmensführung im Überblick (<i>Habersack</i>)	15
I. Einführung	15
II. AG und GmbH	16
1. Übereinstimmende Strukturmerkmale	16
2. Strukturunterschiede	19
3. Fazit	28
III. SE, KGaA und KG	28
1. SE	28
2. KGaA	29
3. KG	30
§ 3 Völker- und europarechtlicher Rahmen von Nachhaltigkeit (<i>Walter</i>)	31
I. Der „regulatory turn“ im modernen Völkerrecht	31
II. Nachhaltigkeit als Begriff und Konzept des Völkerrechts	32
1. Von Stockholm über den Brundtland-Bericht nach Rio und Johannesburg: Die Herausbildung und Veränderung des Konzepts der Nachhaltigkeit	33
2. Nachhaltigkeit und Völkervertragsrecht	34
3. Nachhaltigkeit als übergeordnetes Strukturprinzip des Umweltvölkerrechts	34
4. Nachhaltigkeit als weiche Verpflichtung (soft law)	35
III. Der normative Inhalt des Nachhaltigkeitsprinzips	36
IV. Adressaten völkerrechtlicher Nachhaltigkeitspflichten	36
1. Staatliche Stellen (Gesetzgeber, Behörden, Gerichte)	36
2. Privatrechtssubjekte in der innerstaatlichen Ordnung	37

3. Insbesondere: Öffentliche Unternehmen	38
4. Innerstaatliche Wirkungen von soft law	39
V. Nachhaltigkeit im Unionsrecht	39
1. Nachhaltigkeit im Primärrecht	39
2. Nachhaltigkeit im Sekundärrecht	40
VI. Fazit: Völker- und europarechtliche Prägung einer nachhaltigen Unternehmensführung	41
§ 4 Privatrechtliche Gemeinwohl-, insbesondere Nachhaltigkeitsvorgaben betreffend das Unternehmen (<i>Habersack</i>)	43
I. Grundlagen	44
1. Kontext	44
2. Abgrenzung	45
3. Nachhaltigkeitsvorgaben im Überblick	46
II. Normadressaten	46
1. Vergütungsbezogene Vorgaben	47
2. Erklärung zum DCGK	47
3. Mitbestimmung, Geschlechterquoten, Zielgrößen	47
4. Lieferkettenverantwortung	48
5. Nichtfinanzielle Erklärung	48
III. Legitimation und Typologie nachhaltigkeitsbezogener Vorgaben	49
1. Internalisierung externer Effekte	49
2. Typologie	50
IV. Organisationsverfassungsbezogene Vorgaben	51
1. Mitbestimmung	51
2. Geschlechterquoten und Zielgrößen	51
V. Sorgfaltspflichten der Unternehmen	52
1. LkSG	52
2. Vorschlag einer Sorgfaltspflichten-Richtlinie	53
VI. Sorgfaltspflichten der Geschäftsleiter	54
1. Legalitätspflicht	54
2. Organisationspflichten	56
3. Leitungsermessen im Rahmen unternehmerischer Entscheidungen	57
VII. Marktbezogene Instrumente	64
1. Nichtfinanzielle Erklärung	64
2. Erklärung zum DCGK	67
3. Organvergütung	68
VIII. Fazit und Ausblick	69
§ 5 Corporate Social Responsibility – neue Formen normativer Steuerung im globalen Ordnungsrahmen (<i>Spießhofer</i>)	71
I. Worum geht es bei Corporate Social Responsibility (CSR)?	72
1. Funktion	72
2. Definition?	73
3. Konzeption	75
II. „Anwendungsbereich“ – Der Unternehmensbegriff	78
1. Der Unternehmensbegriff internationaler CSR-Instrumente (Überblick)	78
2. Funktional-teleologischer Unternehmensbegriff	80
3. Das Unternehmen als Verantwortungsverbund (Group Responsibility)	81
III. CSR – neue Formen normativer Steuerung	84
1. Wer steuert?	84

2. Wesentliche Steuerungsansätze (Genese, Ausformung, Wirkung)	85
3. Herausforderungen	98
IV. Ausblick: Brauchen wir einen neuen Rechtsbegriff?	100

Teil 2: Verfassungsrechtlicher Schutz des privatwirtschaftlichen Unternehmens

§ 6 Schutz des privatwirtschaftlichen Unternehmens im Recht der Europäischen Union (<i>Wölff</i>)	103
I. Einführung	104
II. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Debatten auf nationaler und unionaler Ebene	104
III. Primärrechtliche Maßstäbe: Grundfreiheiten und Grundrechte	105
1. Die (Wirtschafts-)Grundrechte der GRC	106
2. Die Grundfreiheiten des Binnenmarktes	122
IV. Rechtsschutz	125
1. Rechtsschutz durch den Gerichtshof der Europäischen Union	126
2. Rechtsschutz durch das Bundesverfassungsgericht	127
§ 7 Schutz des privatwirtschaftlichen Unternehmens unter dem Grundgesetz (<i>Burgi</i>)	129
I. Relevante Grundrechte	130
1. Grundrechte des Unternehmens: Berufsfreiheit, Gesellschaftseigentum und Vereinigungsfreiheit	130
2. Anteilseigentum (Art. 14 GG)	134
II. Übergreifende Aspekte	135
1. Differenzierung nach der Unternehmensgröße bzw. einem personalen Bezug?	135
2. Charakteristika der hier infrage stehenden Eingriffe	137
3. Vorbehalt des Gesetzes	138
4. Übergreifende Aspekte der materiellen Rechtfertigung	139
III. Schutzgegenstände und Rechtfertigungsprüfung bei Art. 12 Abs. 1 GG	142
1. Differenziertere Betrachtung des Schutzbereichs der Berufsausübungsfreiheit	142
2. Kreis und notwendiges Gewicht der Gemeinwohlbelange	144
3. Verhältnismäßigkeitsmaßstab und Kontrolldichte	144
4. Zusätzliche Hinweise zu einzelnen Regelungsgegenständen	146
IV. Gegebenenfalls hinzutretende Schutzwirkungen der Eigentumsgarantie	148
1. Schutzwirkung gegenüber allgemeinen Regelungen des Gesellschaftsrechts	148
2. Schutzwirkung gegenüber organbezogenen gesellschaftsrechtlichen Gemeinwohlvorgaben	148
3. Schutzwirkung gegenüber Maßnahmen der rechtlichen Entflechtung	149
4. Finanzielle Ausgleichspflicht als Markposten für die Zukunft	149
V. Rechtsschutz	151

Teil 3: Verwaltungsrechtliche Vorgaben betreffend das privatwirtschaftliche Unternehmen

Kapitel 1: Nachhaltigkeit	153
§ 8 Umweltrechtliche Nachhaltigkeitsvorgaben (<i>Durner</i>)	153
I. Nachhaltigkeit als Aufgabe von Staat, Gesellschaft und Unternehmen	154
II. Betriebsorganisation und Eigenüberwachung als unternehmerische Kernpflichten	155
1. Ergänzung des materiellen Umweltrechts um eine unternehmensbezogene Innenperspektive	155
2. Die Ausstrahlung der materiellen Pflichten des Umweltrechts in das Unternehmen	157
3. Organisatorische Konsequenzen des materiellen Umweltrechts	158
4. Gesetzliche Akzentuierungen der Pflicht zu umweltgerechter Betriebsorganisation	159
5. Informale Standards, insbesondere die ISO 14001 über Umweltmanagementsysteme	159
6. Sanktionen und Rechtsschutz	160
III. Gesetzliche Ausformungen der Eigenüberwachungspflicht	161
1. Eigenüberwachung im Immissionsschutzrecht	161
2. Eigenüberwachung im Wasserrecht	163
3. Eigenüberwachung im Störfallrecht	164
4. Sanktionen und Rechtsschutz	164
IV. Die Organisationspflicht zur Bestellung von Umweltschutzbeauftragten	164
1. Der Immissionsschutzbeauftragte nach den §§ 53 ff. BImSchG	165
2. Der Gewässerschutzbeauftragte nach den §§ 64 ff. WHG	166
3. Der Störfallbeauftragte nach den §§ 58a ff. BImSchG	167
4. Weitere Ausprägungen – Verallgemeinerungspotential	167
5. Multifunktionalität in der Praxis	168
6. Sanktionen und Rechtsschutz	168
V. Unternehmenspflichten zur Information über Nachhaltigkeit	169
1. Der rechtliche Trend zu einer umfassenden Nachhaltigkeitsberichterstattung	169
2. Mitteilungspflichten zur Betriebsorganisation gegenüber der Überwachungsbehörde	169
3. Weitere Pflichten zur Information der Behörden und der Öffentlichkeit	170
4. Sanktionen und Rechtsschutz	171
VI. Das sog. Öko-Audit und andere Formen der betrieblichen Zertifizierung	171
1. Die EMAS III-Verordnung als zentrales Instrument des Nachhaltigkeitsaudits	171
2. Das Auditierungsverfahren	172
3. Rechtsfolgen der Auditierung	174
4. Sanktionen und Rechtsschutz	175
VII. Ökologische Pflichten in der unternehmerischen Lieferkettenverantwortung	175
VIII. Umweltrechtsfragen des Arbeitsrechts	176
1. Nachhaltigkeit und technischer Arbeitsschutz	177
2. Mitbestimmung in Nachhaltigkeitsfragen	177
IX. Umweltrechtliche Vorgaben zur Unternehmens- und Aktionärsstruktur	178
X. Die Bilanz aus Sicht der Unternehmen	179

§ 9 Ansätze verwaltungsrechtlicher Vorgaben betreffend Soziales und Governance (Burgi)	181
I. Gegenwärtiges Spektrum	181
II. Begriffe und ihre Relevanz	182
1. Soziale Nachhaltigkeitskriterien	182
2. Governancebezogene Nachhaltigkeitskriterien	183
III. Auswahl bestehender organisationsbezogener Pflichten	184
1. Einrichtung von Beauftragten oder Verantwortlichen	184
2. Pflichten zur (teilweisen) Ausrichtung der Geschäftsorganisation an bestimmten öffentlichen Interessen	185
3. Vorgaben zur Entflechtung	185
IV. Überblick: An die privatrechtlichen Organisationsvorgaben des LkSG anknüpfende verfahrensrechtliche Pflichten (Public Enforcement)	186
V. Bevorstehende und perspektivische Erweiterung verwaltungsrechtlicher Vorgaben	187
1. Vorschlag einer Sorgfaltspflichten-Richtlinie	187
2. Ausblick: Ausrichtung der Geschäftsleiterpflichten auf vorab definierte Gemeinwohlbelange jenseits von Lieferkette und Sorgfaltspflichtenkonzept?	190
§ 10 Verwaltungsrechtliche Vorgaben für Lieferketten (Public Enforcement) (Altensmidt)	191
I. Die menschenrechtliche Inpflichtnahme von Unternehmen	191
II. Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten als Gegenstand des Wirtschaftsverwaltungsrechts	193
III. Anwendungsbereich des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes	195
IV. Die unternehmerischen Sorgfaltspflichten nach LkSG	196
1. Grundsätze der Sorgfaltspflichten	196
2. Geschützte Rechtspositionen	197
3. Die menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten im Überblick	198
V. Public Enforcement: Verwaltungsbehördliche Durchsetzung und Sanktionierung	200
1. Berichtspflichten der Unternehmen	200
2. Weitere behördliche Kontrolle und Durchsetzungsbefugnisse	201
3. Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Sanktionen bei Pflichtverletzungen	209
VI. Ausblick: Europäische Nachhaltigkeits- und Lieferkettenrichtlinie	212
§ 11 Nachhaltige Unternehmensführung im Vergaberecht (Burgi)	215
I. Vergaberecht als Grundlage organisationsbezogener Pflichten bei einer sog. strategischen Beschaffung	215
1. GWB-Vergaberecht	216
2. In den Landesvergabegesetzen	220
3. Im Rechtsrahmen für die Vergabe von Finanzanlagen und Sponsoring	220
II. Vergaberecht und Lieferkettenrecht	223
1. Lieferkettenrecht als potenzielles Reservoir organisationsbezogener Pflichten außerhalb des Anwendungsbereichs des LkSG	223
2. Öffentliche Unternehmen als öffentliche Auftraggeber und zugleich Unternehmen iSv § 1 Abs. 1 LkSG: Übersetzung der im LkSG begründeten organisationsbezogenen Pflichten in Kategorien des Vergaberechts	223
3. Vergaberecht als Sanktionsinstrument bei Verstößen gegen das LkSG	224

§ 12 Nachhaltige Unternehmensführung in der KfW-Förderung (<i>Hardraht</i>)	227
I. Einleitung	227
II. Die KfW als transformative Förderbank	227
1. Förderbank des Bundes	227
2. Nachhaltigkeit im Kontext der Transformationsaufgabe der KfW	229
III. Nachhaltigkeitsanforderungen	230
1. Vorbemerkung	230
2. Quellen	231
3. Übergeordnete Ausschlüsse und Anforderungen	231
4. Nachhaltigkeitsanforderungen an die Führung der finanzierten Unternehmen	232
5. Nichteinhaltung von Anforderungen	237
Kapitel 2: Regulatorische Vorgaben	241
§ 13 Datenschutzrechtliche Vorgaben betreffend das privatwirtschaftliche Unternehmen (<i>Krönke</i>)	241
I. Einführung	242
II. Rechtliche Rahmenbedingungen im Überblick	243
1. Einfachrechtliche Datenschutzregime	243
2. Vorgaben aus Grundrechten Dritter	244
III. Datenschutzrechtliche Organisationspflichten	245
1. Adressaten datenschutzrechtlicher Organisationspflichten im Unternehmen	245
2. Inhalte datenschutzrechtlicher Organisationspflichten im Unternehmen	249
IV. Verfahrensrechtliche Vorgaben	262
1. Einwirkungen der hoheitlichen Datenschutzaufsicht	262
2. Einbindung der Unternehmen selbst	263
V. Sanktionen	263
VI. Rechtsschutz	264
VII. Datenschutzrechtliche Zugriffe auf das Unternehmen in der Bilanz	264
§ 14 Verwaltungsrechtliche Vorgaben betreffend das Finanzunternehmen (inklusive Sustainable Finance Regulierung) (<i>Kaufhold</i>)	267
I. Einleitung: Öffentliches Finanzmarktrecht ist Verfahrens- und Organisationsrecht	268
II. Rechtsgrundlagen und Normadressaten: Die „Grundgesetze“ für Finanzunternehmen	270
III. Regelungsziele: Funktionsfähige Finanzmärkte, Ein- und Anlegerschutz, Nachhaltigkeit	271
IV. Organisationsbezogene Pflichten: Eigenkapital- und Governance-Anforderungen	272
1. Überblick	272
2. Quantitative Eigenkapitalanforderungen	272
3. Tätigkeitsspezifische Governance-Anforderungen	278
4. Sanktionen und Rechtsschutz	286
V. Verfahrenspflichten	286
1. Informationspflichten: Das Melde- und Offenlegungsregime	286
2. Sanierungsplanung	291
3. Sanktionen und Rechtsschutz	291
VI. Fazit und Ausblick	292

§ 15 Verwaltungsrechtliche Vorgaben betreffend das Energieunternehmen (Ludwigs)	293
I. Grundlagen	294
1. Ausgangspunkt	294
2. Disaggregierter Regulierungsansatz und Netzinfrastrukturen	295
3. Ausmaß der unionsrechtlichen Vorprägung	296
4. Behördenstruktur	298
5. Rechtsschutz	298
6. Gang der weiteren Darstellung	299
II. Entflechtungsregime	299
1. Grundgedanke, ökonomische Logik und Verhältnis zur Sektorenkopplung	299
2. Unionsrechtliche Direktiven und nationale Umsetzung	301
3. Vorgaben für alle vertikal integrierten Unternehmen	301
4. Besondere Vorgaben für Betreiber von Verteilernetzen und Gasspeicheranlagen sowie für Transportnetzeigentümer	303
5. Besondere Vorgaben für Transportnetzbetreiber	309
6. Betreiber von Wasserstoffnetzen	316
7. Durchsetzung, Sanktionierung und Rechtsschutz	317
III. Vorgaben zum Betrieb von Energieanlagen und zur Netzplanung	319
1. Informationstechnische Sicherheit	319
2. Schutz europäisch kritischer Anlagen	320
3. Vermeidung schwerwiegender Versorgungsstörungen	321
4. Netzplanung	322
IV. Vertikales (internes) Diskriminierungsverbot	323
V. Vorgaben außerhalb des Netzbereichs	324
1. Internes Verbraucherbeschwerdemanagement und Schlichtungsstelle	324
2. Durchführung von Energieaudits	325
3. Schwerpunkte energierechtlicher Compliance	327
4. Pflicht zur Bürger- und Gemeindebeteiligung	328
5. Treuhandverwaltung, Kapitalmaßnahmen und Enteignung	330
VI. Synthese	332
§ 16 Verwaltungsrechtliche Vorgaben betreffend das Unternehmen mit staatlicher Minderheitsbeteiligung und ihre gesellschaftsrechtliche Umsetzung (Koch) ..	335
I. Einführung	336
II. Verfassungsrechtliche Vorgaben	337
1. Angemessenheit als Einfallstor für verfassungsrechtliche Wertungen ...	337
2. Zulässigkeit und Anforderungen nach dem Demokratieprinzip	338
3. Pflicht zur Verfolgung eines öffentlichen Zwecks	343
4. Grundrechtsberechtigung und -verpflichtung	344
III. Konkretisierungen der Angemessenheitsvorgabe	345
1. Generalisierender Ansatz	345
2. Vorgaben auf Bundesebene	345
3. Vorgaben auf Landesebene	345
IV. Möglichkeiten zur Einflussnahme aus einer Minderheitsbeteiligung	346
1. Einflussnahme aus einem Aufsichts-/Überwachungsgremium	346
2. Informationsversorgung der öffentlichen Hand	355
3. Sonstige Möglichkeiten der Einflussnahme	357
V. Die staatliche Minderheitsbeteiligung im unternehmerischen Alltag	358
1. Privatautonome Bindungen	358
2. §§ 394, 395 AktG	358

3. §§ 53, 54 HGrG	359
4. Informationsfreiheits- und Transparenzgesetze	359
5. Presserechtliche Überlagerungen	360
6. Parlamentarisches Frage- und Informationsrecht	360
7. Public Corporate Governance Kodex	360
VI. Das VW-Gesetz als gesetzliche Ausgestaltung der Minderheitsbeteiligung	360
1. Allgemeine Grundsätze	360
2. Die Entstehungsgeschichte des VW-Gesetzes	361
3. Europäische Kommission vs. Bundesrepublik Deutschland	362
4. Urteilsdeutung und nationale Umsetzung	363
5. Fortdauer der juristischen Diskussion	364
§ 17 Sonderregelungen im Zuge von staatlichen Stabilisierungsmaßnahmen in der Krise (<i>Koch/Linnartz</i>)	367
I. Einleitung	368
II. Rechtsrahmen für Stabilisierungsmaßnahmen in der Krise	368
1. StFG und WStBG	368
2. Rechtsnatur des WSF	369
3. Die verschiedenen Stabilisierungsmaßnahmen nach dem StFG	370
4. Vereinbarkeit mit europäischem Beihilferecht	371
III. Anforderungen und Ausgestaltung einer Stabilisierungsmaßnahme	372
1. Anforderungen im Einzelnen	372
2. Festsetzung der Bedingungen für den Einzelfall	374
IV. Modifikationen des Gesellschaftsrechts durch das WStBG	377
1. Aktienrecht	377
2. GmbH-Recht	378
3. Sonstige Modifikationen	378
V. Rechte und Pflichten während einer Stabilisierungsmaßnahme	378
1. Rechte und Pflichten des WSF	378
2. Umsetzung der Auflagen und Bedingungen	380
3. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen Auflagen und Bedingungen	382
VI. Beendigung einer Stabilisierungsmaßnahme	382
VII. Stabilisierungsmaßnahmen nach dem Energiesicherungsgesetz (EnSiG) ..	383
VIII. Ausblick	384

Teil 4: Organisationsrecht des Öffentlichen Unternehmens

§ 18 Europa- und verfassungsrechtlicher Rahmen des Öffentlichen Unternehmens (<i>Burgi</i>)	385
I. Begriff und Problemhorizont des Öffentlichen Unternehmens	386
II. Funktionen und Bedeutung	387
III. Anforderungen an Gründung und Trägerstrukturen	389
1. Relevante Nachteile der Verselbstständigung	389
2. Bei Eigengesellschaften	390
3. Bei gemischt-öffentlichen Unternehmen	391
4. Bei gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen (PPP)	392
5. Bilanz	393
IV. Anforderungen an die Wahl der privatrechtlichen Organisationsform(en) ..	393
1. Stärken und Schwächen der privatrechtlichen Organisationsform(en) aus der Perspektive des Öffentlichen Rechts	393
2. Formenwahlfreiheit innerhalb weniger verfassungsrechtlicher Grenzen ..	394
3. Bilanz	396

V. Höherrangiger Rechtsrahmen von Einwirkungspflicht und Einwirkungsrechten (Public Corporate Governance)	396
1. Ausgangspunkt: Fortbestehende Bindungen aus dem höherrangigen Recht	396
2. Konsequenzen: Zweckprogrammierung und Einwirkungspflicht	401
3. Höherrangiger Rechtsrahmen von Einwirkungsrechten	403
§ 19 Verwaltungsrechtliche Organisationsvorgaben betreffend das Öffentliche Unternehmen auf Bundes- und Landesebene (<i>Mann</i>)	409
I. Einführung	410
II. Rechtlicher Bezugsrahmen	411
1. Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG)	411
2. BHO/LHO	413
3. PCGK des Bundes und der Länder	414
III. Bundes-/Landesbetriebe, § 26 BHO/LHO	419
1. Einrichtung von Bundes- oder Landesbetrieben	419
2. Wirtschaftsplan	420
3. Landesrechtliche Abweichungen	420
IV. Privatrechtliche Organisationsform	421
1. Zugangsvoraussetzungen für die Privatrechtsform (§ 65 BHO/LHO)	422
2. Rechtsformbezogene Sonderfragen	427
3. Flankierende Bestimmungen des B-PCGK zu Gremienzusammensetzung	428
4. Steuerung des Unternehmens	434
5. Compliance	452
V. Juristische Personen des öffentlichen Rechts	454
1. Einführung	454
2. Verhältnis § 112 Abs. 2 BHO zu § 105 Abs. 1 BHO	455
3. Anwendbare Vorschriften der BHO	455
4. Beteiligung an privatrechtlichem Unternehmen	455
5. PCGK	456
VI. Gemischt-öffentliche Unternehmen	456
§ 20 Verwaltungsrechtliche Organisationsvorgaben für Landesförderbanken, Landesbanken und Sparkassen (<i>Becker</i>)	457
I. Öffentliche Kreditinstitute in dem „Drei-Säulen-System“	458
II. Öffentliche Kreditinstitute als Anstalten des öffentlichen Rechts	458
1. Wahlfreiheit und gesetzliche Vorgaben	458
2. Rollenverteilung in der Anstalt des öffentlichen Rechts	459
III. Äußere Organisation und Auftrag	462
1. Sparkassen	462
2. Landesbanken	463
3. Förderbanken	466
IV. Innere Organisation	468
1. Organstruktur	468
2. Leitungs- und Vertretungsorgan	468
3. Aufsichtsorgan	470
4. Träger und Trägerversammlungen	476
5. Beiräte	479
V. Aufsicht und Kontrolle	480
1. Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Aufsicht durch BaFin, Bundesbank oder EZB	480

2. Verwaltungsorganisatorische Aufsicht des Landes	481
3. Kontrolle durch den Rechnungshof des Landes	482
§ 21 Verwaltungsrechtliche Organisationsvorgaben betreffend das Öffentliche	
Unternehmen in kommunaler Trägerschaft (<i>Gaß</i>)	485
I. Einführung: Kommunale Unternehmen im supranationalen und nationalen Regelungsgeflecht, Untersuchungsgegenstand	487
II. Kommunale Selbstverwaltung und ihre Grenzen	488
1. Kommunales Selbstverwaltungsrecht	488
2. Bindung an den öffentlichen Zweck	490
3. Die Wahlfreiheit der Organisations- und Handlungsformen	490
III. Landesrecht als einschlägiges Recht und der Einfluss des Gesellschaftsrechts	492
IV. Verwaltungsrechtliche Organisationsvorgaben	494
1. Gegenstand und Adressaten der Vorgaben	494
2. Allgemeine Vorgaben betreffend die Gründung und den Bestand kommunaler Unternehmen	500
3. Vorgaben für Unternehmen in Privatrechtsform	510
4. Vorgaben in Bezug auf mittelbare Beteiligungen	516
5. Vorgaben betreffend die Rechtsformenwahl	517
6. Sonstige Vorgaben	518
V. Verwaltungsrechtliche Vorgaben an die Führung kommunaler Unternehmen	520
1. Vorgaben betreffend die kommunale Vertretung in den Unternehmensorganen	520
2. Einrichtung eines Beteiligungsmanagements	527
3. Grundsätze für die Führung kommunaler Unternehmen	528
4. Erweiterte Unternehmensplanung, Rechnungslegung und Prüfung ...	532
5. Vorgaben für Öffentlichkeit und Publizität	541
V. Sanktionen und Rechtsschutz	545
1. Rechtsschutz der Kommunen und kommunaler Anstalten des öffentlichen Rechts gegen aufsichtliche Maßnahmen	546
2. Rechtsschutz kommunaler Unternehmen gegen Steuerungs- und Kontrollmaßnahmen seitens der Kommune	546
3. Rechtsschutz Privater gegen die kommunalwirtschaftliche Betätigung .	547
§ 22 Verwaltungsrechtliche Organisationsvorgaben betreffend das Öffentliche	
Unternehmen in Öffentlich-Privater Partnerschaft (PPP) (<i>Siebler</i>)	551
I. Bedeutung von Öffentlich-Privaten Partnerschaften in Deutschland	552
II. Begriff und Ausgestaltungsformen von Öffentlich-Privaten Partnerschaften	553
1. Begriffliche Einordnung	553
2. Differenzierung der Ausgestaltungsformen	554
3. Ableitung von praxistypischen Modellen	555
III. Rechtsrahmen für die Begründung von Öffentlich-Privaten Partnerschaften	557
1. Gesetzliche Zulässigkeit für Form der Aufgabenwahrnehmung	557
2. Haushaltsrechtliche Anforderungen an die Betätigung	559
3. Keine spezifischen strukturellen Vorgaben für die Organisationsausgestaltung	561
4. Steuerungsanforderungen an das Kooperationsverhältnis	561
IV. Ausschreibungspflicht von Öffentlich-Privaten Partnerschaften	562
1. Anwendbarer Vergaberechtsrahmen	562

2. Vergaberechtliche Einordnung öffentlich-privater Partnerschaften	563
3. Projektgesellschaft als öffentlicher Auftraggeber oder Sektorenauftraggeber	566
§ 23 Verfassungs- und verwaltungsrechtliche Vorgaben für Informationsbeziehungen betreffend das Öffentliche Unternehmen (<i>Burgi</i>) ..	569
I. Informationen als Voraussetzung der Einwirkung und als Instrument der externen Kontrolle	570
1. Funktionen	570
2. Akteure	571
II. Einwirkung über Berichterstattung durch das Unternehmen (Überblick)	572
III. Einwirkung über Informationsbeschaffung durch beteiligungsführendes Ministerium bzw. Bürgermeister	573
1. Verfassungsrechtliche Vorgaben	573
2. Verwaltungsrechtliche Vorgaben	579
3. Kommunalspezifische Besonderheiten	582
IV. Externe Kontrolle über Berichterstattung und Auskunftspflichten (Überblick)	585
1. Bundesrechnungshof und Rechnungshöfe der Länder	586
2. Bürger und Presse	587
§ 24 Verwaltungsrechtliche Nachhaltigkeitsvorgaben betreffend das Öffentliche Unternehmen (<i>Burgi</i>)	589
I. Spektrum und Entwicklungsperspektiven	589
II. Klimaschutz	591
1. Vorgaben auf Bundesebene	591
2. Vorgaben auf Landesebene und für kommunale Unternehmen	592
III. Gleichstellung und Diversity	593
1. Vorgaben auf Bundesebene	593
2. Vorgaben auf Landesebene	595
3. Zusätzliche Vorgaben betreffend kommunale öffentliche Unternehmen	596
IV. Vergütungsbezogene Vorgaben	597
1. Ausgangslage im Gesellschaftsrecht	597
2. Vorgaben auf Bundesebene (B-PCGK)	597
3. Vorgaben auf Landesebene	598
4. Vorgaben für die kommunale Ebene	599
§ 25 Umsetzung der verwaltungsrechtlichen Vorgaben betreffend das Öffentliche Unternehmen im Gesellschaftsrecht (<i>Teichmann</i>)	601
I. Grundlagen	602
1. Das öffentliche Unternehmen	603
2. Organisationsformen für öffentliche Unternehmen	603
3. Wahlfreiheit der Organisationsformen	605
II. Entscheidungsparameter bei Auswahl der geeigneten Rechtsform	606
1. Verwaltungsrechtliche Vorgaben	606
2. Gesellschaftsrechtliche Entscheidungsparameter	607
III. Gründung einer privatrechtlichen Organisationsform	610
1. Subsidiarität der öffentlichen Leistungserbringung	611
2. Unternehmensgründung in Form der Kapitalgesellschaft	611
3. Verfolgung eines öffentlichen Zwecks	614
IV. Einwirkungsmöglichkeiten der Anteilseigner	618
1. Allgemeine Zuständigkeiten der Anteilseigner	618
2. Personalhoheit der Anteilseignerversammlung	620

3. Beschlussfassung in der Anteilseignerversammlung	622
4. Konzernrechtlich fundierte Einflussnahme	624
V. Überwachung der Geschäftsführung durch den Aufsichtsrat	626
1. Grundmodell des Aktienrechts	626
2. Der Aufsichtsrat in der GmbH	627
3. Weisungsfreie und eigenverantwortliche Mandatsausübung	627
4. Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat	628
VI. Informationsordnung	630
1. Weitergabe von Informationen an die Aktionäre	631
2. Informationsfluss vom Vorstand zum Aufsichtsrat	632
3. Umgang mit vertraulichen Informationen	632
4. Informationsordnung in der GmbH	635
VII. Fazit	636
Sachverzeichnis	637

